

## Mehr Wohnraum für Ärmere schaffen

T. A. 24.3.2016

Im Gemeinderat herrschte gestern bei der Forderung nach mehr Wohnungen für Sozialhilfeempfänger und anerkannte Flüchtlinge seltene Harmonie. Die FDP-Gemeinderäte Ursula Uttinger und Severin Pflüger forderten mit ihrer Motion den Stadtrat auf, bei der Vergabe von Baurecht die Bauherren dazu zu verpflichten, fünf Prozent der Wohnungen für die erwähnten Gruppen zu erstellen. Üblicherweise fliegen bei diesem Thema im Rat die Fetzen. Dass es für einmal nicht so war, mag daran liegen, dass die Motion von der FDP stammte, was SVP-Gemeinderat Samuel Balsiger erstaunte. Eine solchen Vorstoss hätte er eigentlich von linker Seite erwartet. Davy Graf (SP) sah im Vorstoss gar «eine gewisse Friedensbotschaft der FDP», habe diese doch die subventionierten Wohnungen in der geplanten Siedlung Hornbach vehement bekämpft. Walter Angst (AL) freute sich darüber, dass der Rat mehrheitlich der Meinung ist, dass auch Leuten mit wenig Geld bezahlbare Wohnungen in Zürich ermöglicht werden sollen.

Karin Weyermann (CVP) kritisierte die Motion, weil die Forderung nach einem Anteil von fünf Prozent zu starr und daher nicht praktikabel sei. Bisher gilt in diesem Punkt eine 1-Prozent-Klausel. Dies sei ein guter Wert, sagte Stadtrat Raphael Golta (SP). Die Motion werfe sehr viele Fragen auf, die noch nicht beantwortet seien. Der Stadtrat nehme die Motion jedoch gerne als Postulat entgegen. Auch zahlreiche Gemeinderäte sprachen sich dafür aus, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Am Ende der Debatte sagte Uttinger, die Forderung sei in gewissen Punkten als Postulat möglicherweise sogar Erfolg versprechender.

Der Rat überwies die zum Postulat umgewandelte Motion mit 96 zu 21 Stimmen, die SVP stimmte dagegen. (bg)